

Ende einer kurzen Ära

Haushalt Die Flüchtlingskrise gefährdet die Schuldenbremse.

An diesem Donnerstag durfte Finanzminister Wolfgang Schäuble noch einmal tun, was ihm am besten liegt: den Zustand der deutschen Staatsfinanzen loben. „Bund, Länder und Gemeinden können weiter mit steigenden Steuereinnahmen rechnen“, stellte der CDU-Politiker bei Vorlage der neuen Steuerschätzung zufrieden fest. Die drei Gebietskörperschaften seien solide finanziert und für Herausforderungen gewappnet.

Da ist etwas dran. Allein im nächsten Jahr nimmt der Fiskus fast 15 Milliarden Euro mehr ein als 2015 – trotz einiger Steuererleichterungen zu Jahresbeginn. Der Haushaltsausschuss des Bundestags wird deshalb nächste Woche bei seiner abschließenden Beratung zum Etat 2016, im Parlamentsjargon Bereinigungssitzung genannt, keine Schwierigkeiten haben, wieder eine schwarze Null festzuschreiben. Also einen Etat ohne neue Schulden.

Zumindest auf dem Papier, zumindest vorläufig. Was Schäuble und seinen Experten Sorge bereitet, sind die zu erwartenden Ausgaben – denn die könnten die Kalkulationen für 2016 gehörig durcheinanderwirbeln. Längst ist klar, dass 2015 mehr als die 800 000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen werden, auf denen die Berechnungen für den Etat des nächsten Jahres basieren. Das Bundeswirtschaftsministerium rechnet damit, dass bis 2020 mehr als drei Millionen Flüchtlinge nach Deutschland kommen könnten. Das geht aus internen Unterlagen zur Vorbereitung der „Herbstprojektion“ für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands hervor. Das Ressort von Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) war Ende September zunächst von 2,5 Millionen Asylsuchenden in den Jahren 2015 bis 2020 ausgegangen, erhöhte die Schätzung dann auf 3,4 Millionen. Demnach könnten 2016 noch einmal rund

800 000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen, 2017 wären es 500 000 und in den Folgejahren je 400 000. Kanzleramt und Innenministerium sperren sich gegen eine solche Prognose, es sei derzeit unmöglich, sie zu stellen.

Trotz anhaltend hoher Zahlen wollen aber weder Finanzminister noch die Haushaltspolitik von Union und SPD das Ziel des ausgeglichenen Haushalts voreilig aufgeben. Wenn das Geld nicht reiche, müsse man eben im nächsten Jahr über einen Nachtragshaushalt neue Schulden aufnehmen, heißt es unisono in Finanzministerium und Koalitionsfraktionen. Die kurze Ära der ausgeglichenen Haushalte von 2014 und 2015 wäre damit schon wieder vorbei.

In den Folgejahren aber dürfte sich die Haushaltslage deutlich verschärfen. Schäubles Beamte warnten ihren Minister kürzlich, der Bund laufe ab 2017 Gefahr, die Vorgaben der Schuldenbremse zu verletzen, wenn sich der Zustrom an Flüchtlingen nicht eindämmen lasse. „Wenn das so weitergeht, dann stehen wir bei der Etataufstellung für 2017 vor der Frage, ob wir die Schuldenobergrenze reißen“, erklärte ein Mitarbeiter seinem Minister in vertraulicher Runde. Im Klartext: Dann müsste Schäuble ausgerechnet im Wahljahr viel mehr Schulden aufnehmen, als die im Grundgesetz verankerte Finanzierungsregel erlaubt. Sie gestattet dem Bund 2017 eine Neuverschuldung von zwölf Milliarden Euro (siehe Grafik).

Unmöglich wäre die Überschreitung der Obergrenze nicht, die Schuldenbremse ist flexibel. Deren Vorgaben dürfen unter außergewöhnlichen Umständen ausgesetzt werden, etwa bei Naturkatastrophen, tiefen Wirtschaftskrisen oder dem Verteidigungsfall. Die Flüchtlingskrise könnte in diese Kategorie fallen, dennoch ist das Verfahren, die Obergrenze auszuhebeln, für die Regierung peinlich und gegenüber der Öffentlichkeit erklärungsbedürftig.

Wahrscheinlich ist es trotzdem – auch weil es der einfachste Weg ist. Höhere Schulden für die Bewältigung der Flüchtlingskrise, so das Kalkül der Regierung, dürften Wirtschaft und Bevölkerung eher hinnehmen als Sparpakete oder Steuererhöhungen – vor allem in einem Wahljahr.

Christian Reiermann, Wolf Wiedmann-Schmidt

konjunktur wird dank des Flüchtlingseffekts anhalten.

Eilig weisen Großstädte in diesen Wochen neue Baugebiete aus. In Hamburg etwa sollen neben den gut 6000 Wohnungen, die sich das örtliche Bündnis für das Wohnen jährlich zum Ziel gesetzt hat, weitere 5600 Wohnungen bis Ende 2016 entstehen. Dazu nutzen die Behörden den Spielraum aus, den ihnen der novellierte Paragraf 246 des Baugesetzbuchs bietet. Danach können die Gemeinden Flüchtlingsunterkünfte im Schnellverfahren hochziehen. Auf diesem Weg will die Landesregierung rund 800 Wohnungen im Osten Hamburgs schaffen, in den Marschlanden bei Billwerder. Wo heute noch Wiesen und Felder ländliche Idylle vermitteln, werden sich nach dem Wunsch des Senats demnächst sechsgeschossige Häuserblocks reihen, genug für bis zu 4000 Flüchtlinge.

Bei Anwohnern wächst die Sorge, dass hier ein Getto entstehen könnte, ähnlich wie eine S-Bahn-Station weiter in Allermöhe. Dort wurde in den Neunzigerjahren ein eigener Stadtteil aus dem Boden gestampft, Neu-Allermöhe West. Fast zwei Drittel der Bewohner haben einen Migrationshintergrund, viele von ihnen sind Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion.

Sowieso erinnert manches, was in diesen Wochen auf dem Wohnungsmarkt geschieht, an die Zeit vor gut 25 Jahren. 1989 strömten rund 1,1 Millionen Zuwanderer nach Westdeutschland, vor allem aus der DDR und dem Ostblock. Die Behörden suchten händeringend nach Unterkünften, sie belegten Turnhallen, Kasernen, Pensionen, Campingplätze, sogar Bordelle – wegen der Einzelzimmer besonders beliebt.

Der Bedarf an Wohnraum wuchs sprunghaft, er ließ die Mieten kräftig steigen. „Die neue Wohnungsnot“ titelte der SPIEGEL im September 1989 und fragte: „Wohin mit den Flüchtlingen?“ In der Folge weitete der Staat die Förderung des Wohnbaus massiv aus. Üppige Sonderabschreibungen verleiteten die Bürger in waghalsige Investments. Es wurde zu viel und am falschen Ort gebaut.

Heute stellt die Bundesregierung wieder Steueranreize in Aussicht, allerdings längst nicht so großzügige wie damals. Dafür aber legt die Politik andere Köder aus: Sie plant, Bauvorschriften zu lockern. Es geht etwa darum, dass Bauherren künftig auf den Nachweis von Parkplätzen verzichten können. Vor allem aber soll ihnen erlaubt werden, mehr in die Höhe zu bauen.

Eine Allianz aus Kommunen sowie der Bau- und Immobilienwirtschaft befördert solche Überlegungen. „Wir müssen alles dafür tun, dass es im Wettlauf um bezahlbare Wohnungen nicht zu sozialen Konflikten zwischen Alleinerziehenden, Studenten und Flüchtlingen kommt“, sagt Stephan Articus, Geschäftsführer des Deutschen Städtetags. Deshalb sei es gut, dass

Neuverschuldung des Bundes

in Milliarden Euro

